

Nicola Ciliax-Kindling Am Wasserturm 10 Mobil: 0172 / 53 245 70
Fraktionsvorsitzende 51519 Odenthal Telefax: 02174 / 743912
Email: nicola.ciliax-kindling@cdu-odenthal.de



www.cdu-odenthal.de

Odenthal den , 11.11.2018

**An die Gemeinde Odenthal
Herrn Bürgermeister Lennerts,
Altenberger-Dom-Str.31
51519 Odenthal**

Antrag der CDU Fraktion im Rat der Gemeinde Odenthal zum Haupt,-und Finanzausschuss am Dienstag ,den 27.11.2018- Straßenbaubeiträge

Die CDU Fraktion im Rat der Gemeinde Odenthal beantragt, dass die Verwaltung die Einziehung der zukünftigen Straßenbaubeiträge für Grundstückseigentümer in der Gemeinde Odenthal bis zu einer endgültigen Entscheidung des Landes NRW aussetzt. Die CDU Fraktion setzt sich für die Abschaffung der Straßenbaubeiträge nach § 8 Abs.1 Kommunalabgabengesetz ein. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Resolution zu verfassen, in der die Landesregierung NRW aufgefordert wird, sich mit der Abschaffung der Straßenbaubeiträge zu befassen. Anstelle der der zuzahlenden Straßenbaubeiträge der Grundstückseigentümer sollen die Gemeinden einen finanziellen Ausgleich vom Land NRW erhalten.

Begründung:

Der Bund der Steuerzahler NRW hat im Oktober 2018 eine Volksinitiative gestartet, damit der Landtag beschließt, die Straßenbaubeiträge nach § 8 Abs.1 abzuschaffen. Der Landtag soll durch die Volksinitiative nach Art.67 der Landesverfassung verpflichtet werden, sich mit der Frage der Abschaffung der Straßenbaubeiträge zu befassen. In mehreren Bundesländern sind diese, den Bürger über Gebühr belastenden Beiträge schon abgeschafft. Für viele Grundstückseigentümer ist der Beitrag, der bei einer Sanierung auf sie zukommt, existenzgefährdend. Eine Ratenzahlung ist nur in Ausnahmefällen möglich, gerade in unserer ständig älter werdenden Bevölkerung wird es nahezu unmöglich für die kaum kalkulierbaren Kosten des Straßenausbaus Rücklagen zu bilden.

Oft werden die Ausbauten von maroden Straßen auch bei uns immer wieder verschoben und dadurch leidet die Infrastruktur der öffentlichen Straßen in erheblichem Maße, die Sanierung wird immer teurer.

Aus diesem Grunde beantragen wir, die Erhebung der Beiträge bis zu einer Entscheidung des Landes NRW auszusetzen. Angesichts der derzeit hohen Steuereinnahmen sollte es für das Land leistbar sein, die Beiträge der Anlieger zu übernehmen.

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, Straßenbaubeiträge für neue Straßenausbaumaßnahmen auszusetzen. Die Verwaltung soll für die nächste Ratssitzung einen Resolutionstext vorlegen. Hierin soll die Landesregierung aufgefordert werden, mittels Gesetzgebungsverfahren die Straßenbaubeiträge für Grundstückseigentümer abzuschaffen.

Die Gemeinden sollen stattdessen einen finanziellen Ausgleich für den Ausfall der Beiträge bekommen.

Der Bürgermeister wird beauftragt die Resolution an die Landesregierung und alle Abgeordneten des Landes zu versenden.

Nicola Ciliax-Kindling
Fraktionsvorsitzende